

Das 100-Tage-Programm

Die Gewerkschaften hatten einen klaren Forderungskatalog an die Parteien. Nach der Wahl erwarten sie nun, dass sich die entscheidenden Punkte in einem Regierungsprogramm wiederfinden.

Neue Ordnung der Arbeit. Die Gewerkschaften erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie sich vorrangig für eine neue Ordnung der Arbeit einsetzt. In einer Resolution hat der DGB-Bundesausschuss klar formuliert: Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. „In den ersten 100 Tagen“ müsse die neue Regierung handeln. Vorrangig gilt dies für den flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Dazu gehört

aber auch, dass Allgemeinverbindlicherklärungen erleichtert und auf alle Branchen ausgeweitet werden. Der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit muss wirksam verhindert sowie die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden.

Zu einer neuen Ordnung der Arbeit gehört, gute Arbeit zu schützen und prekäre zu bekämpfen. Für langjährig Versicherte gilt es, sichere und flexible Übergänge in die Rente zu ermöglichen. Statt die Rentenbeiträge – wie geplant – abzusenken, soll eine Demographie-Reserve angelegt werden. Darüber hinaus müssen die Sozialversicherungen gestärkt und gesichert werden. Die Rentenpolitik muss Altersarmut verhindern und ein Altern in Würde ermöglichen.

Die künftige Regierung hat jetzt die Chance, eine Politik umzusetzen, die wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Ein aktiver Staat muss die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Dies kann aber nicht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen gehen. Der Standort Deutschland gewinnt nicht mit einer Billiglohnstrategie, sondern mit guter Bildung und Ausbildung, mit innovativen Gütern und Dienstleistungen. Mehr Rechte für Betriebs- und Personalräte unterstützen diesen Weg. Auch eine gerechte Steuerpolitik, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sicherstellt, gehört dazu, wie auch klare Regeln und schärfere Kontrollen der Finanzmärkte.

Einen Richtungswechsel braucht die Europapolitik. Die gescheiterte Sparpolitik darf nicht noch weiter gehen. Benötigt werden Programme, die die Wirtschaft ankurbeln und die sozial-ökologische Modernisierung vorantreiben. Eine soziale Fortschrittsklausel gehört in die EU-Verträge. Die Gewerkschaften haben den Weg zu einer sozialen, wettbewerbsfähigen EU in ihrem Marshall-Plan für Europa vorgestellt. ●

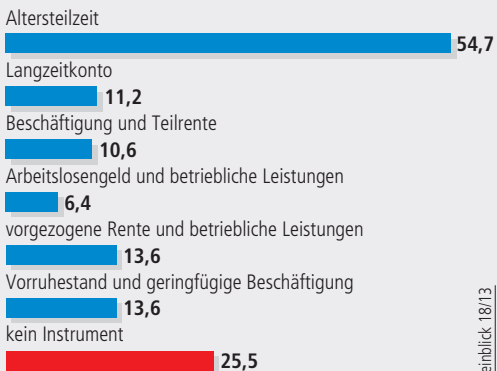
! www.dgb.de/-/Ngz

• INHALT

- 3 Mindestlohn**
Signal für Europa
- 5 IG BCE-Kongress**
Interview mit dem Vorsitzenden Michael Vassiliadis
- 7 Mitbestimmung**
Die Betriebsverfassung stärken

Flexible Übergänge von der Arbeit in die Rente

Anteil der betrieblichen Angebote an Übergangsinstrumenten (in Prozent)



Quelle: Norbert Fröhler, Thilo Fehmel, Ute Klammer: „Flexibel in Rente“, Berlin 2013, S. 169

© DGB einblick 18/13

Die Gewerkschaften fordern bessere politische Rahmenbedingungen, um vorzeitig sozial abgesichert in Rente gehen zu können, wenn ältere ArbeitnehmerInnen ihren Job aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr bewältigen können. Bisher sind die Möglichkeiten nicht ausreichend. In vielen Unternehmen mangelt es an sozial abgesicherten, flexiblen Übergängen. Nach einer WSI-Betriebsrätebefragung gibt es in einem guten Viertel der befragten Unternehmen keine Angebote für einen gleitenden Übergang von der Arbeit in die Rente.

Armut bekämpfen

Videowettbewerb. Nach Angaben der EU-Kommission sind in Europa 120 Millionen Menschen von Armut bedroht. Über einen Videowettbewerb werden jetzt Ideen gesammelt, wie sich diese Armut bekämpfen lässt. Teilnehmern können 13- bis 24-Jährige. Die Visionen, wie eine Welt ohne Armut 2030 aussehen könnte, werden auf einer Facebook-Seite im Internet präsentiert. Bis zum 1. November können die Videos eingereicht werden. Die EU selbst will mit ihrer Wachstumsstrategie „Europa 2020“ für mindestens 20 Millionen Menschen das Armutrisiko abbauen. Weltweit – so das Versprechen der europäischen EntwicklungsministerInnen – soll die Armut „innerhalb einer Generation“ verschwinden.

! www.bit.ly/EuArmutVideo

• PLUS/MINUS

+ „Die Flüchtlingskatastrophe ist eine Schande für Europa“ heißt es bei **Christoph Strässer**. Er ist der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

- Das „Flüchtlingsdrama von Lampedusa stimmt uns nachdenklich“, überschreibt hingegen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Günter Krings (CDU)** seine Pressemitteilung zu dem Unglück.

• IM NETZ

www.solvit.eu
Welche Rechte haben EU-BürgerInnen? Der Service-Dienst „SOLVIT“ beantwortet persönliche Anfragen per E-Mail.

Zwei-Klassen-Gesellschaft

Bildungsstudie. „Mittelmaß“ lautet das vernichtende Ergebnis für Deutschland nach der internationalen PIAAC-Studie zur Bildungskompetenz Erwachsener. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) untersuchte in 24 Ländern Schlüsselkompetenzen der 16- bis 65-Jährigen. In Deutschland, das zeigt die Studie, hängt der Bildungserfolg weitgehend von der sozialen Herkunft ab. „In kaum einem anderen Land“ sei dieser Unterschied so stark ausgeprägt, stellt die OECD-Bildungsdirektorin Barbara Ischinger fest. „Die soziale Spaltung ist die Achillesferse des deutschen Bildungswesens“, betont auch die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

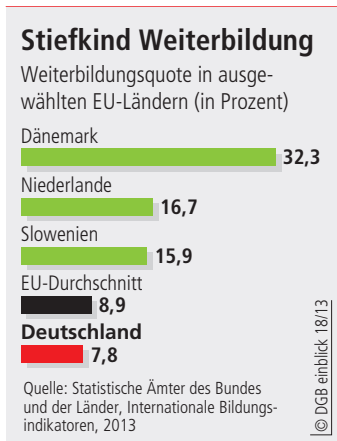
Wenn die Eltern weder Abitur noch einen Berufsabschluss haben, tendieren auch die Chancen der Kinder gegen Null. „Wir leben in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft“, kritisiert Hannack und fordert, „die künftige Regierungskoalition muss diese Probleme entschlossen anpa-

cken“. Auch die OECD stellt fest, Länder wie Korea oder Finnland hätten gezeigt, „was mit gezielter politischer Förderung möglich ist“. Beide Staaten hätten in der Vergangenheit „enorme Fortschritte erzielt“.

Schlechte Noten gibt es auch für die Weiterbildung. Viele Betriebe nutzen die Kompetenzen ihrer Beschäftigten zu wenig. Eine DGB-Expertise bestätigt, dass es auch in der beruflichen Weiterbildung eine soziale Spaltung gibt. Je höher der Berufsabschluss und je besser die Position im Unternehmen, um so eher bieten sich auch Weiterbildungsmöglichkeiten. Das Fazit der DGB-Analyse: „Gut ausgebildete junge Männer mit Vollzeitstellen können ihr Wissen ständig auffrischen. Wer Teilzeit arbeitet, geringfügig beschäftigt ist, wenig verdient und keinen guten Berufsschulabschluss hat, bekommt auch später deutlich weniger die Chance zur Weiterbildung.“ (einblick 7/13) ●

! www.dgb.de/-/NEs

! www.gesis.org/piaac



Ehrgeizige Ziele hatte sich die EU gesetzt: Bis 2010 sollten 12,5 Prozent aller 25- bis 64-Jährigen an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Diese Quote haben die EU-Staaten insgesamt nicht erreicht. Deutschland liegt sogar noch unter dem EU-Durchschnitt.

Investitionsstau

Infrastruktur. Marode Straßen, gesperrte Autobahnbrücken: Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland braucht eine Investitions-offensive. Der DGB erwartet von der neuen Bundesregierung, dass entsprechende Mittel eingeplant werden. Noch 2008 konnte sich Deutschland rühmen, ein Wirtschaftsstandort mit hervorragender Verkehrsinfrastruktur zu sein. Weltweit lagen die Deutschen auf dem dritten Platz. Mittlerweile steht das Land auf Platz Neun. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist aber nicht nur für die Wirtschaft wichtig, sie

gehört auch zur Lebensqualität der BürgerInnen.

Investiert wird seit Jahren zu wenig. Der DGB warnt vor weiterer Untätigkeit, denn „jeder an der Instandhaltung gesparte Euro vernichtet zwei Euro an Vermögenswert“. So könne das aufgebaute gesamtgesellschaftliche Vermögen von künftigen Generationen nicht mehr genutzt werden. Der DGB arbeitet mit der Initiative „Damit Deutschland vorne bleibt“ zusammen. Das Bündnis will die gesellschaftliche Auseinandersetzung anstoßen und Druck auf die Politik ausüben. ●

! www.dgb.de/-/NBV

EU-Kommission: Vorschläge reichen nicht

Die Vorschläge der EU-Kommission, um die Wirtschafts- und Währungsunion sozial ausgewogen zu gestalten, reichen nicht aus. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Es ist unverantwortlich, dass keine verbindlichen sozialpolitischen Sicherungen verankert sind, während Arbeitnehmerrechte, Löhne und Renten in den Krisenländern wie mit dem Bulldozer platt gewalzt werden.“ Die Austeritätspolitik benötigt dringend ein wirksames Korrek-

tiv, stellt der DGB klar, um eine wirtschaftliche, fiskalische und soziale Balance zu erreichen. Die Schadensbilanz fünf Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise ist katastrophal. Ein „substanzieller Politikwechsel“ sei jetzt notwendig, betont Buntenbach. Denn mittlerweile sind über 25 Millionen Menschen in der EU arbeitslos, und fast ein Viertel der Bevölkerung ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

! www.dgb.de/-/NB3

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Überzeugende Leistungen & überzeugende Positionen.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

● TELEGRAMM

Gerechtigkeit erwartet der DGB bei der Steuergesetzgebung. Es gehe nicht um eine Steuererhöhung für alle, sondern um eine gerechte Besteuerung der Einkommen und Vermögen. Das Geld werde dringend benötigt, um die notwendigen Investitionen in Bildung oder auch Infrastruktur zu finanzieren. ! www.dgb.de/-/INE9

27 Milliarden Euro fehlen dem Fiskus hierzulande durch entgangene Mehrwertsteuereinnahmen. Nach Berechnungen der EU beträgt das Defizit EU-weit 193 Milliarden Euro. In erster Linie sind es Betrüger, die den Staatskassen schaden. Der zuständige Kommissar Algirdas Šemeta macht aber auch Steuerschlupflöcher für die Mindereinnahmen verantwortlich.

Bezahlbaren Wohnraum für die wachsende Zahl der Studierenden fordert der DGB zum Semesterstart. Preisgünstige Mieten seien nur mit öffentlicher Förderung möglich. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack erwartet von der Bundesregierung jetzt einen bundesweiten Aktionsplan. ! www.dgb.de/-/NnP

Ein Signal für Europa

Die europäischen Nachbarländer bauen auf einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland. Insbesondere die Krisenländer erhoffen sich davon ein Ende der rigiden Sparmaßnahmen und ein sozialeres Europa.

Mindestlohnkonferenz. Am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, hatten DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung GewerkschafterInnen aus aller Welt nach Berlin eingeladen, um gemeinsam Erfahrungen mit Mindestlöhnen auszutauschen. Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, betonte zu Beginn der Konferenz, dass ein gesetzlicher Mindestlohn zentral für menschenwürdige Arbeit ist. „Lohn ist mehr als Geld. Lohn hat auch etwas mit Würde und Ge-

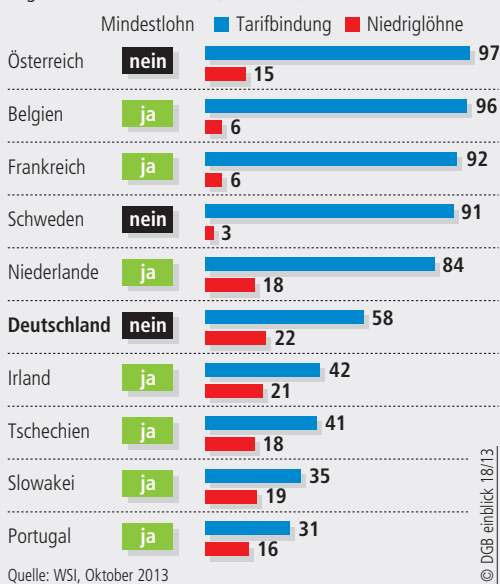
die Absenkung für falsch. Gerade in Krisenzeiten sei ein stabiler Mindestlohn ein Zeichen dafür, dass die Lage sich wieder bessern kann. John Douglas, Vorsitzender des irischen Gewerkschaftsbundes ICTU, betonte: „Ein Mindestlohn in Deutschland würde allen Hoffnung geben, dass das soziale Europa noch existiert.“ Er würde bestätigen, dass die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften in den europäischen Krisenstaaten falsch waren. Auch Stoimenidis sieht im deutschen Mindestlohn „ein zentrales Projekt für ganz Europa“. Dann könnte in anderen Ländern nicht mehr die drastische Absenkung der Entgelte gefordert werden.

Frankreich hat mit 48 Prozent des Durchschnittslohns einen der höchsten Mindestlöhne, der regelmäßig automatisch an die Preis- und Lohnentwicklung angepasst wird. Doch auch Frankreich schaut auf die Entwicklungen hierzulande. In vielen Bereichen erwartet Jérôme Gautié vom Arbeits- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Pariser Universität Sorbonne direkte Auswirkungen eines deutschen Mindestlohns. So werde etwa auf die Entgelte in der französischen Fleisch- und Schlachtindustrie durch Dumpinglöhne in Deutschland massiver Druck ausgeübt. Ein Problem, auf das die NGG schon lange hinweist. Claus-Harald Güster, stellvertretender NGG-Vorsitzender, kritisiert, dass Deutschland „zum Schlachthaus Europas geworden und dabei zum Billiglohnland verkommen ist“. Er sieht die Vorteile eines Mindestlohns vor allem darin, die Ausbeutung über Werkverträge zu stoppen. In der Fleischindustrie und in den Schlachtereien würden an Werkvertragsbeschäftigte, deren Anzahl die der Stammebelegschaft in den vier großen Unternehmen der Branche bei Weitem überschreitet, nur 3,50 Euro in der Stunde gezahlt. Eine gesetzliche Lohnuntergrenze würde das ändern. „Die Schlupflöcher für Lohndumping müssen in allen Branchen geschlossen werden“, so Güster. Dies könne nur ein gesetzlicher Mindestlohn. Zudem muss die Einhaltung der Mindestlöhne durch mehr Kontrollen gesichert werden.

„Wo Überprüfungen unwahrscheinlich sind, wittern kriminelle Arbeitgeber ihre Chance, den Mindestlohn risikolos zu unterlaufen“, warnt Harald Schaum, stellvertretender Vorsitzender der IG BAU. Gerade in den Krisenländern Irland und Griechenland ist die Zahl der Kontrolleure in den letzten Jahren massiv abgebaut worden. Claus-Harald Güster betonte zum Abschluss der Konferenz noch einmal: „Wir erwarten von der neuen Regierung, egal wie sie sich zusammensetzt, dass sie dieses Thema auf die Agenda setzt und einen gesetzlichen Mindestlohn einführt.“ ●

Mit Mindestlohn und Tarifbindung gegen Niedriglöhne

Anteil der Beschäftigten mit Tariflohn und der NiedriglohnbezieherInnen in Ländern mit und ohne allgemeinen Mindestlohn (in Prozent)



Bei hoher Tarifbindung werden auch ohne allgemeinen Mindestlohn angemessene Löhne gezahlt. In Ländern wie Deutschland mit sinkender Tarifbindung muss ein gesetzlicher Mindestlohn her, um den Niedriglohnsektor einzudämmen.

rechtigkeit zu tun.“ Deswegen habe Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn dringend nötig. Das ist auch das Signal, das von der Konferenz an die Parteien ausging, die sich in ersten Sondierungsgesprächen zur Bildung der neuen Bundesregierung befinden.

Besonders die europäischen GewerkschafterInnen machten deutlich, dass ihre Hoffnungen auf einem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland liegen. In Griechenland und Irland wurde der Mindestlohn auf Druck der Troika abgesenkt. Während das irische Verfassungsgericht diese Entscheidung kassierte, sank der griechische Mindestlohn im letzten Jahr um fast 23 Prozent. Andreas Stoimenidis, Präsidiumsmitglied des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE, hält

● IM NETZ

www.bit.ly/WSI_Mindestlohn
WSI-Mindestlohn-Datenbank
www.2013.wddw.org
Welttag für menschenwürdige Arbeit

● MEHR ZUM THEMA

Aktionen für gute Arbeit

Mit einem Hürdenparcours vor dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin hat die IG Metall am Welttag für menschenwürdige Arbeit, dem 7. Oktober, ihre Ansprüche an eine neue Bundesregierung deutlich gemacht: „Prekäre



Beschäftigung ist die größte Hürde für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wer in der neuen Regierung Arbeitsministerin oder Arbeitsminister werden möchte, muss sie überspringen und den Weg frei machen für sichere und faire Arbeit“, erklärt Detlef Wetzell, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Die Gewerkschaft fordert die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Auf der Homepage des Welttages für menschenwürdige Arbeit wurden 153 Aktionen in 57 Ländern registriert. Überall auf der Welt folgten Menschen dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und kamen unter dem Motto „Organisiert Euch“ zusammen, um sich für mehr Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stark zu machen.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das Mitglied im Blick, der Mensch im Mittelpunkt.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Neuer WM-Austragungsort gefordert



Internationaler Gewerkschaftsbund. 44 WanderarbeiterInnen sind allein in diesem Sommer auf den Baustellen in Katar, dem Austragungsort der Fußball-WM 2022, ums Leben gekommen. Bis zu 1,2 Millionen WanderarbeiterInnen arbeiten dort unter katastrophalen Bedingungen. Der IGB hat den Weltfußballverband aufgefordert, einen neuen Austragungsort zu wählen. Mit der Kampagne „Re-run the Vote“ will der IGB die FIFA zum Umlenken bewegen, damit die WM nicht

„in einem Land stattfindet, in dem moderne Sklaverei Realität ist“. IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow befürchtet, dass bis zu 4000 ArbeiterInnen ihr Leben verlieren könnten, „wenn nichts unternommen wird, um die Rechte der Wanderarbeiter zu stärken“. Für den Bau der WM-Infrastruktur werden in den nächsten Jahren schätzungsweise 500 000 bis eine Million WanderarbeiterInnen in Katar gebraucht. Der DGB-Bundesausschuss unterstützt die Forderungen des IGB und hat eine eigene Resolution verabschiedet. Darin heißt es: „Die andauernden Verletzungen fundamentaler Arbeitnehmerrechte und die Missachtung des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit sind unerträglich für eine Sportart, die eigentlich der Völkerverständigung dienen sollte.“ ●

! www.rerunthevote.org

Vernetzt für gute Arbeit

Gesellschaftliche Teilhabe. Die gewerkschaftsnahen Beratungseinrichtungen für MigrantInnen im DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg haben sich zum Internationalen Zentrum für Migration und gute Arbeit zusammengeschlossen. Auf Initiative von DGB und Arbeit und Leben wollen sich die Stellen so enger vernetzen, um die gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen zu verbessern. Zu dem Zentrum gehören unter anderem das Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte, der Arbeitskreis undokumentierte Arbeit und das DGB-Beratungsprojekt „Faire Mobilität“. Dieses berät an insgesamt sechs Standorten in Deutschland mobile ArbeitnehmerInnen aus Mittel- und Osteuropa in ihren Landessprachen. ●

Datenschutz gestalten

Konferenz. Der DGB und die Datenschutz- und Technologieberatung (dtb) laden ArbeitnehmervertreterInnen vom 5. bis zum 7. November zu einem Datenschutz-Forum nach Berlin ein. Unter dem Motto „global – digital – total“ werden führende ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft über den Datenschutz im Internetzeitalter referieren und diskutieren. So werden in vier unterschiedlichen Workshops Aspekte internationaler Datenschutzregeln oder die Rechte und Pflichten von Betriebs- und Personalräten erläutert. ●

! www.bit.ly/dtb_2013

● BUCHTIPP



Stephan Siemens, Martina Frenzel: Burnout – eine Folge der neuen Organisation der Arbeit. Ein Leitfaden zum Verständnis für Interessenvertretungen und Beschäftigte, Arbeit und Leben DGB/VHS Herford, 100 Seiten, 6,50 Euro.

Burnout ist zum Volksleiden Nummer eins geworden. Eine Ursache sind die tiefgreifenden Umbrüche in der Arbeitswelt. Durch Umstrukturierungen und

Neuordnungen sind die Beschäftigten zunehmend der maximalen Gewinnerorientierung ausgeliefert. Stephan Siemens und Martina Frenzel analysieren in ihrer Publikation Ursachen und Folgen des Burnouts. Sie stellen fest, dass den meisten Erkrankten nicht bewusst ist, welche Faktoren auf ihre Psyche einwirken. Diese Unbewusstheit ermöglicht den Prozess des Burnouts. Der Rat der AutorInnen: Um dem „Ausbrennen“ der Beschäftigten entgegenzuwirken, müssen ihnen die neuen Formen der Arbeitsorganisation bewusst gemacht werden. Dann können sie sich schützen, und Betriebsräte können wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen.

Ausbildung verbessern

Auszubildende in Hotels und Gaststätten klagen sehr häufig über die schlechten Ausbildungsbedingungen in ihrer Branche. Das belegt Jahr für Jahr der DGB-Ausbildungsreport. Die NGG-Region Rhein-Main hat ein beteiligungsorientiertes Projekt gestartet, um zu erfahren, welche Kritik, aber auch welche Verbesserungsvorschläge Auszubildende selbst haben. Sie können sich auf Facebook und in einem eigens eingerichteten Diskussionsforum zu

Wort melden und diskutieren. Die Ergebnisse werden in einen Forderungskatalog übernommen. Im nächsten Schritt sollen die Arbeitgeber mit den Forderungen konfrontiert werden. Ziel ist es, tarifliche Lösungen für die Probleme zu finden. Unabhängig von dieser Initiative sind die Auszubildenden eingeladen, sich in Gremien der NGG zu beteiligen.

Facebook: ! www.tinyurl.com/HoGa-Ausbildung
 NGG-Forum: ! www.gute-ausbildung-im-gastgewerbe.de

● INTERREGIO

Die **DGB-Jugend NRW** ruft SchülerInnen ab der 5. Klasse auf, an ihrem **Fotowettbewerb** gegen Rassismus und Diskriminierung an Schulen teilzunehmen. Unter dem Motto „Empört euch, engagiert euch!“ soll alltägliche Ausgrenzung sichtbar gemacht werden. Bis Mitte Dezember können Fotos oder kurze Fotostrecken ein gereicht werden.
 ! www.nrw-jugend.dgb.de/fotowettbewerb

Das **DGB-Bildungswerk Hessen** feiert sein 40-jähriges Bestehen. Die **Festschrift** blickt unter dem Motto „Lernen. Verändern. Zukunft gestalten“ auf vier Jahrzehnte Engagement für das Recht auf politische (Weiter-) Bildung zurück. Birgit Groß, Leiterin des Bildungswerks, fordert bessere Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme von Bildungsarbeit.
 ! www.dgb-bildungswerk-hessen.de

Der **DGB Sachsen-Anhalt** hat eine **Petition** im Internet gestartet, damit die schwarz-rote Landesregierung ihre Sparpolitik beendet. Kürzungspolitik eröffne dem Land keine positiven Zukunftsperspektiven, erklärt der DGB. Alle BürgerInnen sind aufgefordert, sich an der Petition auf der Plattform openPetition zu beteiligen. Die Petition läuft noch bis Anfang 2014.
 ! www.bit.ly/petition_dgb_sa

● IN EIGENER SACHE

Tolle Resonanz. Viele LeserInnen haben der Redaktion ein Feedback zum neuen einblick-Layout gegeben. Dafür herzlichen Dank. Neben den überwiegend lobenden Zuschriften gab es auch Kritik. Insbesondere die in manchen Teilen des Heftes zu kleine Schrift wurde häufiger bemängelt. Wir haben reagiert und in dieser Ausgabe die kritischen Textbereiche angepasst.

„Wir müssen Gestaltungskraft bleiben“

Der IG BCE-Kongress in Hannover stellt die Weichen für die Politik der Gewerkschaft in den nächsten vier Jahren. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis im einblick-Interview.

Wie sieht deine Bilanz der ersten vier Jahre als IG BCE-Vorsitzender aus?

■ Es waren turbulente Zeiten. Vieles, was uns in den letzten Jahren sehr gefordert hat, war 2009 noch nicht vorhersehbar – die Eurokrise, der Versuch aus Brüssel, das deutsche Gesetz zum Ausstieg aus der Steinkohle zu kippen, die Energiewende. Angetreten war ich, um einerseits Kontinuität in den bewährten Politikformen der IG BCE zu wahren, andererseits die IG BCE aber auch für neue Themen oder Diskurse zu öffnen – auch mit Organisationen und Parteien, die uns eher fern stehen. Beides, denke ich, ist gelungen. Die IG BCE ist in ihren Branchen, in den Unternehmen und mit der Politik weiterhin gut vernetzt. Themen wie Nachhaltigkeit werden in der Organisation nun breit diskutiert. Für viele Gruppen etwa aus der Ökologiebewegung sind wir mittlerweile ein respektierter, wenn auch kritischer Gesprächspartner. Das hat sowohl uns als auch der Debatte gut getan.

Was versteht die IG BCE unter Nachhaltigkeit?

■ Nachhaltigkeit wird oft nur mit ökologischer Verträglichkeit gleichgesetzt. Für mich ist das aber mehr – es geht um eine ausgewogene Balance von Ökologie, Ökonomie und sozialen Aspekten. Nur so lassen sich die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Die IG BCE setzt sich mittlerweile auch für den gesetzlichen Mindestlohn ein. Wieso?

■ Angesichts der zunehmenden Prekarisierung vieler Bereiche der Arbeitswelt brauchen wir mehr staatlichen Schutz, dazu gehört der gesetzliche Mindestlohn. Ich habe in den Debatten im DGB aber auch davor gewarnt, nicht den Fehler zu machen, dass Gewerkschaften ihre Forderungen vor allem beim Staat abgeben. Wir müssen weiterhin selbst Gestaltungskraft bleiben. Wir müssen Konzepte entwickeln, um in den nicht nur sozial, sondern auch gewerkschaftlich prekären Bereichen wieder geordnete Strukturen zu schaffen. Dazu brauchen wir mehr Beteiligungsrechte.

Wie lautet dein Fazit zur Organisationsentwicklung der IG BCE?

■ Es ist uns gelungen, den Trend in der Mitgliederentwicklung in den Bereichen zu drehen, auf die es besonders ankommt. Bei den Frauen, bei der Jugend, bei den Betriebstätigen insgesamt haben wir Zuwächse. Unsere Zielgruppenarbeit hat sich bewährt. Die Erfolge sind Ergebnis eines systematischen Prozesses. Wir haben in der gesamten Organisation über unsere strategischen Schwerpunkte und deren Umsetzung diskutiert und waren uns einig: Wir wollen neue Mitglieder gewinnen und in den Betrieben stärker werden. Dazu haben die Bezirke phantastische eigene Aktivitäten entwickelt, die vom Vorstand mit Geld und Personal unterstützt werden. Entstanden sind eine ganze Reihe neuer Angebote, die wirklich gut angenommen werden. Unser Organisationspro-

jekt „Zukunftsgewerkschaft 2020“ werden wir weiter vorantreiben. In den letzten vier Jahren ist der Optimismus gewachsen, dass wir unsere strukturellen Probleme gut bewältigen können. Es herrscht Aufbruchstimmung. Das freut mich sehr.

„Zeit, weiter zu denken“ ist das Motto des Kongresses. Was folgt daraus für die Schwerpunkte eures Kongresses – Europa, Arbeit, Energie?

■ Wir wollen das soziale Europa konkret machen. Wir wollen deutlich machen, dass die bisherigen Krisenbewältigungsstrategien vor allem zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Südeuropa gehen. Die Beschäftigten sind aber nicht für die Krise verantwortlich. Dazu kommt: Deutschland lebt vom Export – und kann nur exportieren, wenn die Waren auch bezahlt werden. Deshalb liegt eine gute Entwicklung in den Krisenstaaten auch in unserem wohlverstandenen eigenen Interesse. Diese Zusammenhänge wollen wir verdeutlichen und dem immer wieder gemalten plumpen chauvinistischen Bild etwas entgegensetzen.

Um was geht es beim Thema Arbeit?

■ Es geht sowohl um die Gestaltung von guter Arbeit als auch um die Eindämmung schlechter Arbeit. Die zunehmende Destabilisierung und überbordende Flexibilisierung der Arbeitswelt machen uns große Sorgen. Wir brauchen eine neue Ordnung der Arbeit. Da muss der Gesetzgeber liefern, auch damit wir tarifpolitisch andocken können. Mit Tarifverträgen, etwa zur Demografie, zur Ausbildung, zur Altersvorsorge, sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Aber das reicht nicht aus, die Bundesregierung muss mit ins Boot. Ohne vernünftige Rahmenbedingungen wird es nicht gehen.

Welche Schwerpunkte setzt ihr in der energiepolitischen Debatte?

■ Fast alle unsere Branchen sind energieintensiv. Bezahlbare Energie ist eine Standortfrage. Alle freuen sich darüber, dass wir Exportweltmeister sind, aber man muss auch etwas tun, dass es so bleibt. Das Management der Energiewende ist schlicht mangelhaft. Steigende Energiekosten mindern nicht nur unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch den Verhandlungsspielraum in Tarifrunden und verstärken den Rationalisierungsdruck. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat man ein extrem teures System geschaffen, um die Erneuerbaren zu fördern. Das war am Anfang im Sinn einer Starthilfe richtig, ist heute aber nicht mehr tragbar. Würden die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen gestrichen, wäre das der unmittelbare Todesstoß beispielsweise für die Aluminiumindustrie. Wir setzen uns für bezahlbare Energie für Verbraucher und Industrie und eine EEG-Reform ein. Wir wollen eine Reform, weil wir den Erfolg der Energiewende wollen. ●



Michael Vassiliadis, 49, ist seit Oktober 2009 Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

MEHR ZUM THEMA

IG BCE-Kongress

„Zeit, weiter zu denken“ ist das Motto des 5. Ordentlichen Gewerkschaftskongresses der IG BCE vom 13. bis 18. Oktober 2013 in Hannover. Europa, Arbeit und Energie sind die inhaltlichen Schwerpunkte des Kongresses. Die 400 Delegierten beraten über 396 Anträge. Daneben stehen auch Vorstandswahlen an. Einstimmig hat der Hauptvorstand Michael Vassiliadis zur Wiederwahl als Vorsitzender vorgeschlagen. IG-BCE-Vize Ulrich Freese, gerade für die SPD in den Bundestag gewählt, kandidiert nach 14 Jahren nicht mehr. Als neue stellvertretende Vorsitzende wurde Edeltraud Glänzer vorgeschlagen, die dem Vorstand seit 2005 angehört. Zur Wiederwahl sind Egbert Biermann und Peter Hausmann benannt. Als neues Vorstandsmitglied wurde Ralf Sikorski, bisher Landesbezirksleiter der IG BCE Rheinland-Pfalz/Saarland, nominiert.

www.igbce.de

IM NETZ

www.einblick.dgb.de

Die Langfassung des Interviews

Anzeige

Gemeinsames Denken & solidarisches Handeln.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

— ● KURZ & BÜNDIG —



Die IG BAU hat die Politik aufgefordert, mehr in die Infrastruktur zu investieren. So unterstützt sie die Finanzierungsvorschläge einer von den Verkehrsministern eingesetzten Kommission. Diese schlägt unter anderem ein Sondervermögen mit mindestens 2,7 Milliarden Euro vor, um Verkehrswege zu sanieren. Die IG BAU fordert, gesetzliche und tarifliche Arbeitsbedingungen bei Baumaßnahmen einzuhalten.



ver.di hat die geplanten Stellenstreichungen beim Verlag M. DuMont Schauberg scharf kritisiert. „Die Zerschlagung des Verlags M. DuMont Schauberg mittels Kündigungen und Tarifflucht ist der falsche Weg“, so der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. In dem Verlag erscheinen unter anderem die Berliner Zeitung und der Kölner Stadt-Anzeiger.



Die GEW unterstützt die Forderung der Bildungsinternationalen, weltweit 1,5 Millionen Lehrkräfte einzustellen. „Gute Bildung braucht gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.“ ErzieherInnen und Lehrkräfte müssten den Anforderungen von inklusiver Bildung und multiethnischen Klassen gerecht werden, erklärt die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Die Bildungsinternationale hat ein Aktionsjahr für gute Bildung ausgerufen.



Die EVG protestiert gegen das von EU-Verkehrskommissar Siim Kallas geplante so genannte vierte Eisenbahnpaket. Vor allem die Trennung von Infrastruktur und Betrieb steht in der Kritik. Die EVG werde weiterhin dafür kämpfen, dass die Deutsche Bahn AG nicht zerschlagen wird. Ansonsten stünden viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Schützen, helfen und gestalten. Wir statt ich.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Neues DGB-Vorstandsmitglied gewählt

DGB-Bundesausschuss. Reiner Hoffmann, 58, wird neues Mitglied im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. 91,3 Prozent der Delegierten des DGB-Bundesausschusses wählten den Leiter des IG-BCE-Landesbezirks Nordrhein am 1. Oktober in den Vorstand. Er tritt das Amt am 1. Februar 2014 an. Reiner Hoffmann wird die Arbeitsbereiche von Claus Matecki übernehmen, der im Januar 65 wird und aus dem DGB-Vorstand ausscheidet. Hoffmann ist damit für die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, den DGB-Haushalt und innere Finanzangelegenheiten sowie für die Abteilung Veranstaltungen und Innenservice verantwortlich. „Der DGB kann sich glücklich schätzen, mit Reiner Hoffmann einen erfahrenen und versierten Gewerkschafter als neues Mitglied im Vorstand begrüßen zu können“, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Seit vier Jahren leitet Reiner Hoffmann den Landesbezirk Nordrhein der IG BCE. Zuvor war er unter anderem bei der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und 16 Jahre beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) in Brüssel tätig. Dort hatte Reiner Hoffmann zuletzt das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs inne. „Die Zustimmung zu meiner Wahl in den geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand freut mich sehr“, so Hoffmann. Seine Europa-Kompetenz will er in die Arbeit des DGB

einbringen: „Gerade in der Wirtschafts-, Struktur- und Finanzpolitik der EU brauchen wir einen Kurswechsel, um das soziale Europa zu stärken.“ Hoffmann versteht sich als „Brückenbauer“. „Bei der HBS ging es darum, Brücken zwischen den Gewerkschaften und der Wissenschaft zu bauen, beim EGB darum, unterschiedliche Gewerkschaftskulturen, Traditionen und Strukturen zu verstehen und sie für eine konstruktive europäische Zusammenarbeit der Gewerkschaften zu nutzen“, erklärte er vor dem DGB-Bundesausschuss. ●



Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, gratuliert Reiner Hoffmann zur Wahl in den geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand.

Foto: DGB/Steinle

Ausbeutung stoppen

Entsendegesetz. IG BAU, NGG und die GdP warnen gemeinsam vor den Folgen der „Durchsetzungsrichtlinie“ zur Entsendung. „Die geplante Regelung öffnet Ausbeutung und Menschenhandel Tür und Tor.“ Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek betont: „Wir sehen in den geplanten Regelungen einen Rückfall auf das Herkunftslandprinzip und die Einschränkungen der Kontrollmöglichkeiten für die Mitgliedstaaten.“

In einem gemeinsamen Brief an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen (CDU) weisen die drei DGB-Gewerkschaften darauf hin, dass Menschenhandel als typisches grenzüberschreitendes Phänomen in Deutschland nur erfolgreich bekämpft werden könne, wenn die zuständigen Behörden eng zusammenarbeiten. Kämen die geplanten Regeln zur Entsendung zustande, würde der wirkungsvolle Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung behindert. ●

Tarifrunde 2014: Kündigungstermine

Im kommenden Jahr laufen Entgelttarifverträge für rund 10,8 Millionen Beschäftigte aus. Darauf weist das WSI-Tarifarchiv hin. So endet im Januar der Tarifvertrag bei der Deutschen Telekom AG, im Februar der Vertrag für den öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden). Es folgen Ende April die Tarifverträge im Bauhaupt- und dem Bankgewerbe. Ende Mai

laufen die Verträge für die Eisen- und Stahlindustrie, Ende Juli bei der Deutschen Bahn aus. Im Dezember stehen die Kündigungstermine für die Metall- und Elektroindustrie sowie den öffentlichen Dienst der Länder an. Die Internetseite des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts informiert über alle Termine.

www.boeckler.de/14_44127.htm

ArbeiterInnen ohne Rechte

Orangensaftproduktion. Eine gemeinsame Studie von ver.di und der Christlichen Initiative Romero (CIR) hat die gesamte Orangensaft-Lieferkette von den Plantagen Brasiliens bis in die deutschen Supermärkte unter die Lupe genommen und hier wie dort prekäre Arbeitsbedingungen festgestellt. ver.di kritisiert unter anderem die Verantwortungslosigkeit der Unternehmen Edeka und Rewe. Sie

hätten auch die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen am Anfang der Lieferkette. Doch auch am Ende, in Deutschland, werden die Arbeitsbedingungen schlechter. „Durch Ausgründung entstehen nahezu betriebsratsfreie und tariflose Bereiche, in dem die Kaufleute nach eigenem Ermessen entscheiden“, so ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. ●

www.bit.ly/orange2013

Gute Unternehmensführung durch Mitbestimmung

Die neue Bundesregierung muss die betriebliche Mitbestimmung stärken. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel fordert eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes.

Betriebsverfassung. Die betriebliche Mitbestimmung wird allseits gelobt, auch von der Bundeskanzlerin. Dennoch weiten sich die „weißen Flecken“ auf der Landkarte der Mitbestimmung aus. Die gesetzlich geforderten Betriebsratswahlen sind keine Selbstverständlichkeit mehr. Auch die sich stets ändernden ökonomischen Verhältnisse und neuen Technologien machen klar: Zwölf Jahre nach der rot-grünen Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist eine neue Reform überfällig.

Die Chancen für echte Verbesserungen stehen gut. Im neuen Bundestag sind ausschließlich Abgeordnete aus Parteien vertreten, die die betriebliche Mitbestimmung positiv bewerten. Nun müssen Worten Taten folgen. Ich fordere die Parteien auf, die betriebliche Mitbestimmung nicht nur in Sonntagsreden zu loben, sondern sie zu stärken und zu sichern. In den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen gehört die Reform der Betriebsverfassung auf die Tagesordnung. Entsprechende gewerkschaftliche Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Bessere Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Personalplanung und -auswahl: Leiharbeit kann ebenso wie der explosionsartig steigende Einsatz von Werkverträgen zu einer Gefährdung des Betriebsfriedens und der Stammebelegschaft führen. Gleiche Arbeit wird nicht mehr gleich bezahlt. ArbeitnehmerInnen mit gleichen Aufgaben haben sehr unterschiedliche Rechte. Die Betriebsräte brauchen deshalb bei der Planung und Vergabe von Werkverträgen, inklusive Honorar- und Dienstverträgen, sowie der Leiharbeit verstärkte Informations- und Beratungsrechte und ein Zustimmungsverweigerungsrecht.

Ausweitung des „vereinfachten Wahlverfahrens“ bei Betriebsratsgründungen: Das aktuelle IAB-Betriebspanel zeigt, dass 2012 in Westdeutschland nur noch 43 Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft in einem Betrieb mit Betriebsrat arbeiteten. In Ostdeutschland sind es sogar nur 36 Prozent. Diese Erosion hat Gründe. Die Wahlen sind nicht mehr ausreichend geschützt, aus Unkenntnis und Angst wird nicht gewählt. Damit Beschäftigte bei Betriebsratsgründungen besser geschützt werden, muss das Wahlverfahren weiter vereinfacht werden. Das vereinfachte Wahlverfahren für Betriebe mit bis zu 50 wahlberechtigten Beschäftigten muss auf Betriebe mit bis 100 Wahlberechtigten ausgeweitet werden. Außerdem sollte der Kündigungsschutz für den Wahlvorstand für die gesamte Wahlperiode gelten. Das stärkt den Mut, gegen den Widerstand eines Managements demokratische Rechte wahrzunehmen. Auch eine öffentliche Berichtspflicht, ob Betriebsräte nach dem Gesetz gewählt wurden, kann helfen.

Grenzüberschreitende Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen: Die Wirtschaft ist

längst international unterwegs. Trotzdem kann in transnationalen Konzernen kein Konzernbetriebsrat gegründet werden, sofern der Sitz der Konzernspitze im Ausland ist und in Deutschland keine Unterkonzernspitze existiert. Die Bildung eines Konzernbetriebsrats muss künftig verpflichtend sein. Auch dann, wenn das Mutterunternehmen seinen Sitz im Ausland hat. Um eine angemessene grenzüberschreitende Interessenvertretung zu ermöglichen, müssen Betriebsräte das Recht erhalten, sich mit den internationalen Vertretungsgremien zu treffen. Die Kosten dafür muss der Arbeitgeber tragen.

Besserer Schutz gegen die Verhinderung von Betriebsratswahlen und die Behinderung der Betriebsratsstätigkeit: Immer häufiger werden Fälle bekannt, in denen Betriebsratswahlen verhindert oder Mitglieder bestehender Gremien systematisch durch den Arbeitgeber unter Druck gesetzt werden. Eine Befragung des WSI unter hauptamtlichen GewerkschafterInnen hat ergeben, dass mehr als der Hälfte der Befragten Fälle bekannt sind, in denen Unternehmen versucht haben, die Gründung eines Betriebsrats zu verhindern. Gut ein Drittel kennt Betriebe, in denen bereits existierende Betriebsräte vom Management behindert werden. Es sind also längst nicht mehr wenige Einzelfälle, Tendenz steigend. Fragwürdige Angebote von JuristInnen, für einen betriebsrats- und gewerkschaftsfreien Betrieb zu sorgen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Notwendig wären entsprechende Schulungen und Weisungen an die Staatsanwaltschaften, um dem Recht in solchen Fällen zum Durchbruch zu verhelfen. Die Einrichtung entsprechender Schwerpunktstaatsanwaltschaften könnte ein wunderbares Signal sein. Bund und Länder sind hier gefordert.

Natürlich gibt es noch weitere unaufschiebbare Reforminhalte, etwa zur Frage, wie Arbeitsplätze und -zeiten sowie Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten bei der Einführung von digitalen Vernetzungstechniken nach den Vorstellungen der Industrie 4.0 gestaltet werden. Ebenso muss die Unternehmensmitbestimmung weiter entwickelt werden. Eine Umgehung der Mitbestimmung durch die Umwandlung in eine Europäische Aktiengesellschaft SE oder in andere ausländische Rechtsformen darf nicht länger möglich sein. Da ist die Bundesregierung in der Pflicht. Zudem sind die Möglichkeiten für eine echte Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenskapital ohne die FDP gewachsen. Auch die Stärkung des Arbeitsdirektors in allen Kapitalgesellschaften und eine niedrigere Schwelle als 2000 Beschäftigte für die paritätische Unternehmensmitbestimmung sind in einer beteiligungsorientierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft überfällig. ●

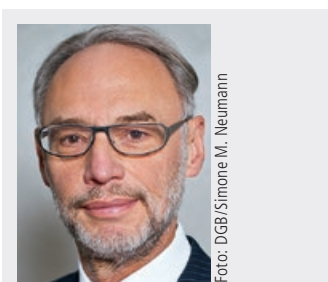


Foto: DGB/Simone M. Neumann

Dietmar Hexel, 63, ist im DGB-Bundesvorstand unter anderem für Mitbestimmungspolitik, Corporate Governance und CSR zuständig.



● MEHR ZUM THEMA

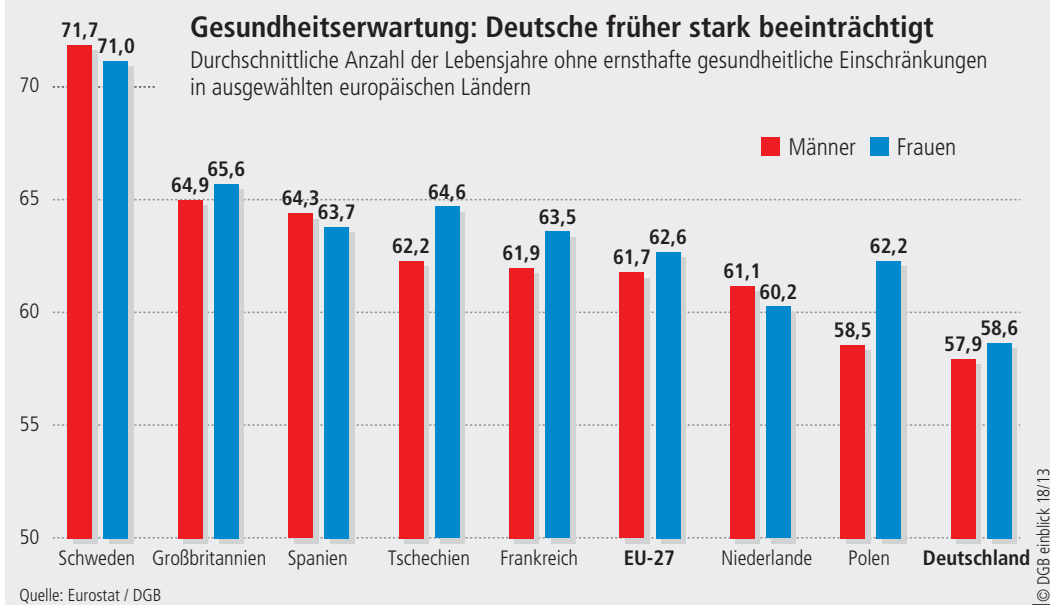
Betriebsratswahlen 2014

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2014 finden die turnusgemäßen Betriebsratswahlen statt. Unter dem Motto „Deine Wahl – Deine Stimme – Betriebsratswahlen“ mobilisieren DGB und Gewerkschaften für eine hohe Wahlbeteiligung und haben gemeinsame Materialien zu den Betriebsratswahlen 2014 erstellt. Nach der erfolgreichen Kooperation 2006 und 2010 stehen auch 2014 Printmaterialien sowie ein elektronischer Wahlhelfer mit gemeinsamem Motto, Logo und Design zur Verfügung. Außerdem wurden Kurzhinweise und Merkblätter in 19 Sprachen erstellt. Die Wahlleitfäden für das normale bzw. vereinfachte Wahlverfahren bieten eine praxisorientierte Anleitung zur Wahl. Darüber hinaus gibt es Flyer zur Betriebsratswahl, zur Erstwahl und zur Leiharbeit.

Die DGB-Materialien richten sich an die DGB-Gliederungen. Die Gewerkschaften haben darüber hinaus weiteres Informationsmaterial erstellt, das auf die Besonderheiten ihrer Branche eingeht. Sie beraten die Beschäftigten vor Ort und unterstützen sie bei der Wahl eines Betriebsrats.

● DIE DGB-GRAFIK

Die Lebenserwartung steigt. Deshalb hat die Politik die Rente mit 67 durchgesetzt. Allerdings hat sie dabei ausgeblendet, wie es um die Gesundheit der Menschen steht. Daten von Eurostat zeigen: Viel früher als ArbeitnehmerInnen in anderen europäischen Ländern leiden Männer und Frauen hierzulande unter gesundheitlichen Einschränkungen, die die Bewältigung des Alltags nicht mehr in gewohnter Weise zulassen. Für alle, die wegen gesundheitlicher Belastungen am Arbeitsplatz ihren Job aufgeben müssen, ist die Rente mit 67 eine Renten kürzung.



● TERMINE

- 15.10. IG Metall NRW, Arbeit und Leben Bielefeld, Fachtagung „Wie gestalten wir die Industrie 4.0“, Paderborn
- 15.10. DGB-Jugend NRW, Lesung „Mutterkorn“, Köln
- 16./17.10. [m]5-consulting in Kooperation mit DGB und Gewerkschaften, Deutscher Betriebsräte-Tag, Bonn
- 17.10. Arbeitsrecht im Betrieb, DGB, Otto-Brenner-Stiftung, Verleihung des Deutschen Betriebsräte-Preises 2013, Bonn
- 17.10. Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut
- 19.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Workshop „BarCampFrauen“, Berlin
- 21./22.10. ver.di, Workshop „Werkstatt zur Guten Arbeit“, Berlin
- 21.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachkonferenz „Duale Berufsausbildung – Auslaufmodell oder Exportschlager“, Berlin
- 22.10. DGB, Workshop „Krisenerfahrung und Politikvertrauen im Betrieb“, Berlin
- 24.10. ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, 10. Arbeitsschutzkonferenz „Fit in die Rente“, Hannover
- 24.10. Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, Tagung „Ökonomische Bildung“, Frankfurt/Main

● FILMTIPP

Bottled Life – Das Geschäft mit dem Wasser

Große Konzerne sichern sich weltweit Zugriff auf Quellen und verkaufen Wasser als teures Lifestyle-Produkt. Auch die EU hat Ambitionen, den Wassermarkt zu liberalisieren. Erst kürzlich haben sich knapp zwei Millionen Menschen in Europa gegen die Privatisierung von Wasser ausgesprochen. Der Film „Bottled Life“ zeigt, wie große Konzerne vorgehen, um sich Vorteile am Wassermarkt zu sichern.

www.bit.ly/bottle_film

● SERVICE

Ab November liegt der **DGB-Taschenkalender 2014** wieder kostenlos in den Gewerkschaftshäusern vor Ort bereit. Neben allen wichtigen Terminen, Jahrestagen und Kongressen bietet der Taschenkalender präzise Informationen über den DGB und die Gewerkschaften. So gibt es die Mitgliedszahlen sowie umfassende Kontaktdaten zu den Gewerkschaften. Zudem werden Projekte,

Medien und Kampagnen des DGB und der Gewerkschaften vorgestellt und Links zu weiterführenden Informationen geliefert. Hinweise im Kalendarium erinnern an herausragende historische Ereignisse, etwa den Beginn des Ersten Weltkrieges 1914. Der Kalender kann auch online im DGB-Bestellservice bestellt werden. Ein Exemplar kostet dann einen Euro plus Versandkosten.

www.dgb-bestellservice.de



IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

● SCHLUSSPUNKT

„Die Flüchtlinge sind nicht illegal, sie werden illegalisiert.“

Heribert Prantl kritisiert in der Süddeutschen Zeitung vom 7. Oktober die Flüchtlingspolitik der EU.

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz bei Privattelefonaten

Persönliche oder eigenwirtschaftliche Verrichtungen wie Essen oder Einkaufen während der Arbeitszeit können den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz unterbrechen. Dies gilt auch für privates Telefonieren während der Arbeitszeit, wenn damit die versicherte Tätigkeit nicht lediglich geringfügig unterbrochen wird.

Der Fall: Ein Lagerarbeiter, der mit seiner Frau mit dem Handy telefonieren wollte, verließ zu diesem Zweck die Lagerhalle. Als er nach dem zwei- bis dreiminütigen Telefonat in die Halle zurückkehrte, verdrehte er sich an einem Begrenzungswinkel der Laderampe das Knie und erlitt einen Kreuzbandriss. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab, privates Telefonieren sei nicht gesetzlich unfallversichert. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der gesetzliche Unfallversicherungsschutz setzt voraus, dass der Unfall infolge einer versicherten Tätigkeit eintritt. Persönliche oder eigenwirtschaftliche Verrichtungen unterbrechen regelmäßig den Unfallversicherungsschutz. Nur bei zeitlich und räumlich geringfügigen Unterbrechungen bleibt der Versicherungsschutz bestehen. Dies ist der Fall, wenn die private Tätigkeit „im Vorbeigehen“ oder „nebenher“ erledigt wird. Hiervon ist im konkreten Fall nicht auszugehen. Da die Unterbrechung der versicherten Tätigkeit bis zur Rückkehr an den Arbeitsplatz angedauert habe, ist der nach dem Telefonat eingetretene Unfall nicht der versicherten Tätigkeit zuzurechnen.

**Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 17. September 2013 – L 3 U 33/11**

Persönlichkeitsrecht

Recht auf eigenes Bild nicht vorrangig

Das Recht des Arbeitnehmers auf das eigene Bild muss zurücktreten, wenn dem Arbeitgeber schutzwürdigere Interessen zur Seite stehen.

Der Fall: Der als Produktionshelfer beschäftigte Arbeitnehmer war vier Wochen arbeitsunfähig krankgeschrieben. Während der Arbeitsunfähigkeit traf der Abteilungsleiter und Vorgesetzte den Arbeitnehmer an einer Autowaschanlage an. Er reinigte gemeinsam mit seinem Vater einen Pkw. Der Abteilungsleiter war über die Tätigkeiten und körperliche Verfassung des Arbeitnehmers erstaunt und fertigte mit seinem Handy Fotos, um seine Beobachtung zu dokumentieren. Damit war der Arbeitnehmer nicht einverstanden und beantragte, dem Abteilungsleiter einstweilen zu untersagen, ihn, den Arbeitnehmer, zu filmen oder zu fotografieren. Mit diesem Antrag hatte er keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer hat keinen Anspruch auf Unterlassung. Hier hat zwar ein Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht vorgelegen. Denn dieses Recht umfasst auch das Recht am eigenen Bild. Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht können jedoch durch Wahrnehmung schutzwürdiger Interessen des Arbeitgebers gerechtfertigt sein. Hier bestand aus Sicht des Vorgesetzten der konkrete Verdacht, dass der Arbeitnehmer seine Arbeitsunfähigkeit vorgetäuscht und damit einen Entgeltfortzahlungsbetrag begangen haben könnte. Zudem ist zu berücksichtigen gewesen, dass keine heimliche Überwachung vorgenommen wurde.

**Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 11. Juli 2013 – 10 SaGa 3/13**

Pädagogische Mitarbeiter

Abrechnung erfolgt stundenweise

Es besteht kein allgemeiner Rechtssatz, wonach die Zuweisung von Arbeitseinsätzen von weniger als einer Stunde unzulässig ist. Ist eine pädagogische Mitarbeiterin in einer Schule für den „stundenweisen Einsatz“ eingestellt, ist jeder einzelne Arbeitseinsatz – eben auch eine einzelne Unterrichtsstunde – in vollen Stunden abzurechnen.

**Landesarbeitsgericht Niedersachsen,
Urteil vom 16. Juli 2013 – 11 Sa 142/13**

Sozialhilfe

Erfasst auch Ruheraum für Pflegekraft

Behinderte und pflegebedürftige Menschen können unter bestimmten Voraussetzungen ihre Betreuung rund um die Uhr im sogenannten Arbeitgebermodell selbst organisieren.

Ist das der Fall, dann können sie für ihre notwendige häusliche Pflege die anteiligen Kosten für einen Aufenthalts- und Ruheraum ihrer angestellten Pflegekräfte von der Sozialhilfe erstattet bekommen.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 28. Februar 2013 – B 8 SO 1/12 R**

Haftung im Pflegeheim

Besondere Sorgfalt ist erforderlich

Wird vom Pflegeheimpersonal heißer Tee in Thermoskannen unbeaufsichtigt in einem Raum mit pflegebedürftigen und auch demenzkranken Heimbewohnern zurückgelassen, so haftet der Heimbetreiber, wenn sich eine im Rollstuhl sitzende pflegebedürftige Heimbewohnerin mit heißem Tee verbrüht.

**Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht,
Urteil vom 31. Mai 2013 – 4 U 85/12**

Gründungszuschuss

Wird mit Lohnanspruch verrechnet

Der Gründungszuschuss sichert den Lebensunterhalt in der Gründungsphase einer selbstständigen Tätigkeit nach Beendigung der Arbeitslosigkeit. Er ersetzt damit als Sozialleistung bestehende Entgeltansprüche gegenüber dem Arbeitgeber aufgrund einer unwirksamen Kündigung. Bestehen in der Zeit der Leistung noch Entgeltansprüche des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber, so gehen diese auf den Leistungsträger über.

**Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 16. Juli 2013 – 16 Sa 383/13**

Krematorium

Zahngold ist herrenlos

Das Zahngold in der Asche Verstorbener ist herrenlos. Nimmt aber ein Arbeitnehmer das Zahngold an sich, kann der Krematoriumsbetreiber als Geschäftsherr Herausgabe verlangen. Bei verschuldeter Unmöglichkeit der Herausgabe haftet der Arbeitnehmer auf Schadensersatz.

**Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 26. Juni 2013 – 5 Sa 110/12**